

BGE 73 I 394

Bundesgericht (BGE), 1947-12-19, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_73_I_394

FR: ATF 73 I 394

IT: DTF 73 I 394

Volltext

394 Verwaltungs- und Disziplinarrecht. Er war nicht die Folge des Dienstes, sondern der konstitutionellen Psychose (vgl. mw S. 162). Auch er begründet somit keinen Anspruch auf Ersatzbefreiung. Demnach erkennt das Bundesgericht: Die Beschwerde wird abgewiesen. 61. UrteU vom 19. Dezember 1947 i. S. Daetwyler gegen eidg. Steuerverwaltung. Couponabgaben und Quellenwehrsteuer: 1. Anstände zwischen dem Couponschuldner und dem Regresspflichtigen über die Abwälzungspflicht werden von der eidg. Steuerverwaltung entschieden. 2. Die Entscheidungsbefugnis der Verwaltung ist beschränkt auf das öffentlich-rechtliche Streitverhältnis und auf die zu seiner Beurteilung wesentlichen Vorträge. 3. Die Möglichkeit einer Verrechnung der Regressschuld mit einer bestrittenen zivilrechtlichen Forderung an den regressberechtigten Steuerpflichtigen ist keine solche Vorfrage. Droit de timbre BUr 168 OO'UpOnB et impôt de dBense nationale a la sQRce: 1. Les differends qui surgissent entre le debiteur et le créancier du coupon concernant l'obligation du transfert de l'impôt sont tranchés par l'administration fédérale des contributions. 2. La compétence de l'administration est limitée à l'examen du différend de droit public et des questions préjudicielles qu'elle doit trancher pour pouvoir prendre sa décision. 3. Ne constitue pas une question préjudicielle celle de savoir si le créancier du coupon peut opposer à la dette résultant de l'obligation du transfert la compensation avec une prétention de droit civil qu'il invoque contre le débiteur du coupon ml\js qui est contestée par celui-ci. Diritto di boUo BULle cedole e impoBta alla lonte: 1. Le contestazioni tra il debitore e il creditore della cedola relative al trasferimento deU'imposta sono decise dall'Amministrazione federale delle contribuzioni. 2. La competenza dell'Amministrazione federale delle contribuzioni è limitata. all'esame della contestazione di diritto pubblico e dei punti pregiudiziali che deve risolvere per potersi pronunziare. 3. Non è un punto pregiudiziale quello di sapere se il creditore della cedola possa opporre al BUO debito derivante dall'obbligo del trasferimento la compensazione con una pretesa di diritto civile che egli invoca contro il debitore della cedola, il quale però la contesta. A. - Die Bernmann Daetwyler A ... :G. ist von der eidg. Steuerverwaltung mit Verfügung vom 19. Februar 1946 Bundesrechtliche Abgaben. N° 61. 395 verhalten worden, für verschiedene Steuertatbestände aus den Geschäftsjahren "1940, 1942/43 und 1943/44 Couponabgaben und Quellenwehrsteuern zu entrichten und auf den heutigen Beschwerdeführer als den Regresspflichtigen zu überwälzen. In der Betreibung gegen den Beschwerdeführer hat das Obergericht des Kantons Aargau der Aktiengesellschaft die Rechtsöffnung verweigert, weil der Hinweis auf die Abwälzungspflicht im Schreiben der eidg. Steuerverwaltung vom 19. Februar 1946 keinen Titel für die Beanspruchung der definitiven Rechtsöffnung begründete; der Regresspflichtige sei im Steuerfeststellungsverfahren weder zahlungspflichtig erklärt worden, noch Partei gewesen. Auch eine Anerkennung der Zahlungspflicht liege, mindestens im Verhältnis zwischen der regressberechtigten Aktiengesellschaft und dem Regresspflichtigen, nicht vor. Die

Aktiengesellschaft wandte sich daraufhin an die Steuerverwaltung. Diese erliess einen Feststellungs- scheid dahingehend, dass der Beschwerdeführer Hermann Daetwyler der Hermann Daetwyler Aktiengesellschaft die auf ihn zu überwälzende Couponabgabe und Quellen- wehrsteuer schulde, Uild bestätigte den Entscheid im Einspracheverfahren. Der Beschwerdeführer hatte sich der Feststellung des Anspruches der Aktiengesellschaft mit der Behauptung widersetzt, die Forderung sei durch Verrechnung mit privaten Gegenansprüchen an die Gesell- schaft getilgt worden. B. - Hermann Daetwyler erhebt die Verwaltungs- gerichtsbeschwerde mit dem Antrag, den Einspracheent- scheid aufzuheben. Er macht geltend, der Abgabebetrag und die Pflicht der Aktiengesellschaft, die Abgabe auf ihn zu überwälzen, würden nicht bestritten. In Diskussion stehe einzig, ob die Forderung der Aktiengesellschaft durch Verrechnung mit fälligen Gegenforderungen getilgt, die Überwälzung also bereits erfolgt sei. Hierüber zu entscheiden stehe der eidgenössischen Steuerverwaltung nicht zu, da sich ihr Entscheid nur auf Anstände über 396 Verwaltungs- und Disziplinlill8lTeht- den Abzug des Abgabebetrages durch den Couponschuld- ner beziehen könne (Art. 2, Abs. 2 CG). Da hier weder die ~bgabe, noch die Überwälzungspflicht jemals bestritten gewesen seien, liege überhaupt kein Anstand im Sinne des Gesetzes vor. - Wenn man aber annehmen wollte, es bestehe ein Anstand, so fehle es gleichwohl an der Voraussetzung für eine Entscheidungskompetenz der Steuerverwaltung. Denn es gehe um die zivilrechtliche Frage, ob die Verrechnung vollzogen sei. Wenn sich die Steuerverwaltung mit dieser Frage befassen wolle, so müsse sie sie ganz beurteilen, die zivilrechtliche Berech- tigung der «beiderseits geltend gemachten Verreohnlu"gs- einreden» behandeln. Eine Beschränkung der Verrechnung nach Art. 125, Ziff. 3 OR komme hier nicht in Frage, sie wäre auch unangebracht. Das Bundesgericht hat die Beschwerde abgewiesen. A'U8 den Erwäpnngen : 1. - Nach Art. 2, Abs. 2 CG entscheidet die eidgenös- sische Steuerverwaltung Anstände über den Abzug des Abgabebetrages durch den Couponschuldner. Ein solcher Anstand liegt hier vor. Er ergab sich daraus, dass das Obergericht des Kantons Aargau aus Gründen verfahrens- rechtlicher Natur den Feststellungen der eidgenössischen Steuel\Terwaltung über die Abwälzungspflicht (Brief vom 19. Februar 1946) die .Anerkennung als Rechtsöffnungs- titel gegenüber dem Beschwerdeführer versagte. Die Steuerpflichtige hatte Anspruch darauf, dass die Feststel- lung der SteuerverwaJtung ergänZt, ihre Regressforderung von der Verwaltung in einer Form umschrieben werde, die eine anstandslose Durchsetzung ihrer Abwälztngs- pflicht im Rechtsöffnungsverfahren ermöglichte. Die' Ver- waltung war, nach Art. 2, Abs. 2 CG und Art. 3, Abs. 1 St V, verpflichtet, de~ Feststellungsentscheid auf ein Begehren der Steuerpflichtigen hin zu erlassen. Der Beschwerdeführer hätte das administrative Fest- stellungsverfahren und die damit verbundenen Umtriebe Bundesreothliohe Abgaben. N° 61. 391 allerdings dadurch vermeiden können, dass er seine Regresspflicht vor dem Rechtsöffnungsrichter im Grund- satz und dem Betrage nach unzweideutig anerkannt und damit die formellen Bedenken behoben hätte, die den Rechtsöffnungsrichter zur Verweigerung der Rechtsöffnung aus Gründen führten, die im Verfahren über die Festsetzung der Abgabe und über die mit der Abgabeentrichtung ver- bundenen öffentlichrechtlichen Pflichten lagen. Es hätte dies der Haltung entsprochen, die er 'jetzt im Beschwerde- verfahren vor Verwaltungsgericht einnimmt. Nach der Begründung des Entscheides im Rechtsöffnungsverfahren fehlte es jedoch an einer genügenden Anerkennung der im öffentlichen Recht begründeten grundsätzlichen Schuld- pflicht. Die eidgenössische Steuerverwaltung war daher zu dem Entscheide über die Abwälzungspflicht zweüellos zuständig. Der Beschwerdeführer bestreitet mit 'Recht nicht~

dass unter Anständen über den « Abzug)) des Abgabebetrages auch solche über nachträgliche Geltendmachung des Regressanspruches gehören. 2. - Die Verwaltung hat es auch mit Recht Q. bgelehnt, die zivilrechtliche Berechtigung der Verrechnungseinrede und der dagegen erhobenen Einwendungen zu beurteilen; sie hat die Parteien hiefm mit Recht an den Zivilrichter verwiesen (Ziff. 3 des Einspracheentscheides). Die Ausführungen unter Ziffer 4 und 5 des Entscheides enthalten Ansichtsäusserungen, zusätzliche Bemerkungen. Der Entscheid (Feststellung der Schuld aus obligatorischer Überwälzung) beruht auf der in Ziffer 1 bis 3 der Erwägungen enthaltenen Begründung. :Mit den Einwendungen des Beschwerdeführers hätte sich die Verwaltung nur zu befassen gehabt, wenn sie eine VUtmge zur Entscheidung des öffentlichrechtlichen Streitw;tmItnisses betroffen hätten. Der Beschwerdeführer hätte fi@h zivilrechtliohen Anspruch an die Regressgläubigerin zur Verrechnung gestellt. Der Anspruch war aber ~tritten. Es handelte sich daher darum, ob er begründet 398 Verwaltungs- und Disziplin&ITeCht. sei oder nicht. Das war eine selbständige zivilrechtliche Streitfrage, die das zwischen den Regressparteien bestehende öffentlich-rechtliche Schuldverhältnis als solches nicht berührte. Der Beschwerdeführer hat mit seiner Einwendung im Grunde genommen eine Widerklage erhoben, die nur deshalb nicht als solche in Erscheinung tritt, weil in diesem Verfahren der Gegenanspruch zur Verrechnung gesteu ... nur bis zur Höhe der eingeklagten öffentlichrechtlichen Forderung geltend gemacht wurde. Da es sich aber um ein bestrittenes Zivilrechtsverhältnis handelt, zu dessen Beurteilung der administrative Richter nicht zuständig ist, und nicht um eine Vorfrage zur Entscheidung über die öffentlichrechtliche Verpflichtung, kann die Verrechnungseinrede in diesem Verfahren nicht geltend gemacht werden. Der Beschwerdeführer ist für seine zivilrechtlichen Ansprüche an die Regressgläubigerin an den zuständigen Zivilrichter zu verweisen. 62. Arrêt du 7 novembre 19-17 dans la cause Administration de l'impôt pour la défense nationale du Canton de X contre A~ Impôt pour la déffAUJ6 nationale. Le Mnetice que l'associe retire de la cession de tout ou partie de sa part dans une société en nom collectif est imposable au titre de revenu. Wehrsteuer : Gewinne, die der Teilhaber ~ einer Kollektivgesellschaft bei Veräusserung seiner Beteiligung erzielt, bilden Bestandteile des anrechenbaren Einkommens (Art. 21 Abs. 1 lit. d WStB). Imposta per la difesa nazionale: L'utile che il socio consegue dalla cessione di tutta la sua quota o d'una parte di essa in una società in nome collettivo è imponibile quale reddito. A. - L'intime A. est entre en 1934 comme associé dans la Banque A., B. et Cie, société en nom collectif. Au debut de l'année 1941, la société ne comptait que deux associés: A., qui détenait 97,75 % du capital, et B., qui détenait le solde. - Le 1er juillet 1941, un nouvel associé, C., est entre dans la société. Celle-ci ayant décidé de main- Bundesrechtliche Abgaben. N° 62. 399 tenir son capital inchangé à 250.000 fr., A. accepta de réduire sa participation pour permettre l'entrée dans la banque du nouvel associé. C'est ainsi que les parts des trois associés furent fixées à 48,5 % pour A., à 48,5 % pour C. et à 3 % pour B. En compensation de cette renonciation à une partie de ses droits, A., en plus de la restitution d'une partie de son apport, perçut de C. une somme de 100.000 francs. Le 1er juillet 1942; un nouvel associé, D., entra à son tour dans la société. Sa part fut fixée à 10 % et obtenue par une réduction correspondante des parts de A. et de C., le capital social restant fixé à 250.000 francs. Outre sa part au capital, le nouvel associé versa à chacun des associés A. et C. un montant de 12.500 francs. B. - Les deux montants de 100.000 et de 12.500 fr. touchés par A. lors de l'entrée des deux nouveaux associés, soit 112.500 fr., furent ajoutés par l'autorité de taxation à son revenu imposable pour la 2e période de l'impôt pour la défense nationale. Après une réclamation qui fut

rejetée, A. porta l'affaire devant la Commission cantonale de recours (CCR). Cette dernière, par décision du 17 juillet 1946, donna raison à A. et annula l'imposition des montants versés au contribuable par C. et D. À l'appui de sa décision, la CCR relevait que les sommes litigieuses avaient été versées à A. personnellement et non à la Société en nom collectif A., B. et C. et qu'il s'agissait des lors d'un bénéfice en capital ne pouvant être imposé chez un contribuable non astreint à tenir des livres, comme c'était le cas pour A. en ce qui concerne ses affaires personnelles. O. - L'Administration cantonale de l'impôt pour la défense nationale a formé en temps utile un recours de droit administratif, en concluant que qu'il plaise au Tribunal fédéral annuler la répartition attaquée et dire que A. sera imposé sur les sommes de 100.000 et de 12.500 fr. respectivement de C. et de D.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.